

Hier können Sie das Interview hören – einfach STRG-Taste und Mausclick

<http://www.dradio.de/aodflash/player.phpstation=1&broadcast=196841&datum=20100106&playtime=1262762069&fileid=ff6e6f8b&sendung=57967&beitrag=1099649/>

06.01.2010



Rainer Brüderle, Wirtschaftsminister von der FDP. (Bild: AP Archiv)

"Das wird auch geschehen"

Wirtschaftsminister Brüderle hält an den Steuersenkungsplänen der Bundesregierung fest

Rainer Brüderle im Gespräch mit Silvia Engels

"Offenbar ist es manchmal eine Aufregung in Deutschland wert, wenn plötzlich jemand nach der Wahl das macht, was er vor der Wahl gesagt hat", sagt Rainer Brüderle, Wirtschaftsminister von der FDP, und meint damit die im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Steuersenkungen. An ein Veto von CDU oder CSU glaubt er dabei nicht.

Silvia Engels: Die FDP besinnt sich heute auf eine Jahrzehnte alte Tradition. In Stuttgart kommen die Liberalen zu ihrem Dreikönigstreffen zusammen. Zum ersten Mal seit 1998 kann die FDP dabei als Regierungspartei im Bund auftrumpfen. Doch Parteichef Westerwelle kann sich nicht entspannt zurücklehnen; vielmehr muss er das eher mäßige Erscheinungsbild der schwarz-gelben Koalition aufpolieren.

Der Steuerstreit zwischen FDP und Union geht also heute offenbar an den Standorten Kreuth und Stuttgart weiter. Lange Zeit stand ja die CSU in diesem Konflikt eher auf Seiten der FDP. Nun aber will die CSU über weitere Steuersenkungen erst nach der Steuerschätzung im Mai entscheiden, ganz im Gegensatz zur FDP. Das bestätigte vor einer Stunde der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU, Stefan Müller, hier im Deutschlandfunk und CSU-Landesgruppenchef Friedrich betonte zuvor, "man müsse die Gesamtlage im Blick haben, etwa die Frage, wie es in den Länderhaushalten aussieht. Der CSU-Blickwinkel sei daher weiter als der des Herrn Brüderle." Am Telefon ist nun Rainer Brüderle, Bundeswirtschaftsminister (FDP). Guten Morgen!

Rainer Brüderle: Guten Morgen, Frau Engels.

Engels: Haben Sie ein verengtes Blickfeld?

Brüderle: Na ja, das ist die übliche Ablaufszenerie, das Szenarium vor der Wildbad-Kreuth-Tagung der CSU. Die CSU hat es sehr schwer, das muss man verstehen. Sie hat weniger als die Hälfte der Abgeordneten, die die FDP im Bundestag hat. Sie hat in Bayern die absolute Mehrheit verloren.

Das ist neues Demokratieempfinden, was sie dort hat. Sie hat die Schwierigkeiten mit der Bayerischen Landesbank. Also sie müssen viel verkraften. Dann lassen wir denen auch mal ein bisschen jetzt Luft, dass sie da ein bisschen auf den Tisch hauen. Aber in der Sache ist alles völlig klar. Da hat die Frau Homburger, wie Sie im Eingangsbeitrag zitiert haben, völlig Recht. Wir haben einen klaren Koalitionsvertrag beschlossen, der ja verschiedene Motive hat für diese Steuersenkungsmaßnahmen. Das sind einmal konjunkturpolitische Motive, es sind einmal strukturelle Motive und drittens sind es grundsätzliche Leitbilder. Diese bürgerliche Regierung der Mitte ist dafür angetreten, dass sie eine andere Balance zwischen Privatheit und Staatlichkeit haben will. Dazu gehört eben auch eine steuerliche Entlastung, weil wir glauben, dass die Bürger selbst besser über die Verwendung dessen, was sie sich hart erarbeitet haben, entscheiden können, als der Staat das kollektiv an ihrer Stelle. Das ist eine grundsätzlich andere Haltung, als die vergangene Regierung dabei eingenommen hat. Und wir sind ja noch lange nicht konjunkturpolitisch überm Berg. Sie haben die Arbeitsmarktzahlen in den letzten Tagen gehört. Wir befürchten auch, dass im Laufe des Winters noch eine weitere Zunahme geschehen könnte. Deshalb müssen wir jetzt eine Schippe drauflegen und wir wollen das nicht machen, indem wir ein weiteres Konjunkturprogramm machen, sondern indem wir die Bürger steuerlich entlasten, weil Arbeitsplätze und soziale Marktwirtschaft dadurch entstehen, indem Sie und ich Geld in die Hand nehmen, wir zum Handwerker, zum Einzelhändler, zum Betrieb gehen, etwas nachfragen, etwas kaufen, und zur Herstellung dessen, was wir nachfragen und kaufen, werden andere Frauen und Männer beschäftigt. So funktioniert der Mechanismus der sozialen Marktwirtschaft. Deshalb diese Strategie.

Engels: Egal, Herr Brüderle, wie sinnvoll Ihnen das Projekt erscheinen mag - und wir sehen ja in diesem Jahr schon Entlastungsprojekte noch und nöcher -, Sie wissen doch aus langjähriger politischer Arbeit, dass Sie für Ihre Idee einer Steuerreform 2011 die aktuellen Mehrheiten der CDU/CSU brauchen, und die haben Sie nicht.

Brüderle: Ich habe ja auch gar keinen Zweifel, dass die Bundeskanzlerin und Herr Seehofer den von ihnen unterschriebenen Koalitionsvertrag einhalten werden. Das wird auch geschehen, das wird auch umgesetzt dabei. Da darf man sich von Theaterdonner nicht irritieren lassen. Wir haben noch keine 100 Tage der neuen Regierung, abgerechnet wird nach vier Jahren, wenn die Bürger wieder wählen, entscheiden, was geleistet wurde, was nicht geleistet wurde. Ich bin sicher, dass wir eine gute Bilanz dann vorzuweisen haben. Da darf man sich nicht täglich von Wasserstandsmeldungen und von irgendwelchen Umfragen irritieren lassen. Man muss das richtige tun, damit das Land vorankommt. Wir haben eine hohe Arbeitslosenquote in Deutschland, die müssen wir weiter reduzieren. Wir haben viele brach liegende Kapazitäten in der Volkswirtschaft, die müssen wir wieder in Gang kriegen. Wir brauchen Wachstum. Ohne Wachstum wird die Haushaltskonsolidierung überhaupt nicht gelingen. Es wäre völlig verkehrt, jetzt als erstes den Haushalt herunterzufahren, weil dann wieder Nachfrage ausfallen würde. Wenn wir das historisch vergleichen wollen, war das der Fehler von Brüning damals, der in den 30er-Jahren, aus gutem Glauben heraus meinte, wenn er den Staatshaushalt zuerst zurückfährt, dass er damit die Wirtschaft in Gang setzt. Das Gegenteil - historisch wissen wir, wie es sich entwickelt hat - war der Fall dabei. Deshalb ist der doppelte Schritt richtig: jetzt noch eine Schippe drauflegen konjunkturpolitisch, um mit dem nächsten Haushalt - wir werden die Schuldenbremse, Vorgaben der EU, alles einhalten - dann auch massiv an die Umstrukturierung im Haushalt ranzugehen. Aber zunächst brauchen wir noch Tempo. damit auch die Steuereinnahmen nicht weiter einbrechen, die Arbeitslosigkeit nicht weiter dramatisch dabei zunimmt. Deshalb ist die Strategie, wie sie vereinbart ist, einvernehmlich zwischen drei Partnern, richtig und ich kann Ihnen ganz entspannt sagen, sie wird auch umgesetzt werden.

Engels: Aber die 80 bis 100 Milliarden Euro Neuverschuldung allein für diesen Haushalt, das sorgt ja auch für Unruhe innerhalb der Liberalen. Da wäre es doch mal an der Zeit, mit einem konkreten Sparvorhaben, nicht direkt, aber mittelfristig zu kommen.

Brüderle: Ich habe Ihnen ja gerade versucht zu erklären, wie die Zusammenhänge sind.

Engels: Na ja, aber mittelfristig muss gespart werden!

Brüderle: Wir haben ja diesen Haushalt von Herrn Eichel und von Herrn Steinbrück geerbt. Der Haushaltsentwurf der Vorgängerregierung von Herrn Steinbrück hat eine noch wesentlich höhere Verschuldung vorgesehen. Wir gehen mit einer niedrigen Verschuldung dran. Das ist hässlich, das ist schwierig, das ist nicht gut, aber dennoch ist die Strategie richtig, jetzt die Konjunktur in Gang zu setzen. Sie werden noch höhere Haushaltsdefizite haben, wenn der Arbeitsmarkt weiter erheblich einbricht. Sie werden noch höhere Defizite haben, wenn die Steuereinnahmen weiter einbrechen. Das Gebot der Stunde ist, da sind wir weder national, noch international überm Berg, die Folgen der Finanzkrise sind noch lange nicht überwunden. Ich verweise etwa auf die Probleme bei der Bayerischen Landesbank oder anderen dabei, die wir zu registrieren haben. Wenn wir jetzt nicht Wachstum generieren, wird die Konzedierung ohne Wachstum nicht gelingen. Deshalb ist dieser doppelte Schritt richtig, sowohl Wachstum voranzubringen wie auch einzusparen. Die Sparvorschläge wird der Bundesfinanzminister rechtzeitig für den Haushalt 2011 vorlegen, das ist seine Aufgabe, und über diesen Haushalt, den er dann in seiner Verantwortung vorlegt, werden wir in der Regierung, in der Öffentlichkeit sowie in der Koalition diskutieren.

Engels: In der letzten Legislaturperiode war ja die FDP mit dem Konzept unterwegs, 400 ganz konkrete Sparvorschläge in einem sogenannten liberalen Sparbuch zusammenzutragen. Zehn Milliarden Euro sollten so gespart werden. Was ist daraus eigentlich geworden?

Brüderle: Das steht alles weiter zur Debatte, aber wir machen doch in den Koalitionsverhandlungen keine Haushaltsberatungen. Wir haben jetzt gerade in einem Eiltempo zum 1. Januar das Wachstumsbeschleunigungsgesetz umgesetzt, das einen weiteren Impuls gibt, und jetzt müssen wir sorgfältig an die nächsten Schritte herangehen. Selbstverständlich sind Sparvorschläge von allen möglichen Richtungen, auch von der FDP, auch von der CDU und CSU willkommen, die miteinander diskutiert werden, aber wir wollen den Finanzminister nicht arbeitslos machen.

Engels: Das ist vielleicht die Aufgabe des Finanzministers, aber auch der Vorsitzende der Jungen Liberalen, Johannes Vogel, fordert die FDP auf, Kompetenz zu beweisen und 2010 erheblich ehrgeiziger beim Sparen zu werden, wohl gemerkt schon 2010.

Brüderle: Ja, natürlich. Wir sind ja in diesem Jahr. Wir beraten ja in diesem Jahr den nächsten Haushalt dabei. Das ist ja das übliche, dass man vor Ablauf des Haushaltsjahres ihn berät, und da hat der Johannes Vogel völlig Recht. Wir werden in diesem Jahr erhebliche Einschnitte auf den Weg bringen müssen, das ist völlig richtig, aber Schritt für Schritt. Jetzt ist der erste Schritt, dass wir die Konjunktur beleben, und im Laufe dieser Haushaltsberatungen werden natürlich Einsparungen erfolgen müssen, damit wir das Ziel der Schuldenbremse, was wir ja nachhaltig selbst als FDP in das Grundgesetz hineingeschrieben haben - und wir haben das allergrößte Interesse auch innerhalb der Europäischen Union wegen der Stabilität des Euros, dass Deutschland der Stabilitätsanker bleibt. Wenn Sie sehen, was sich in Griechenland am Rande fast des Staatsbankrotts oder in Spanien, in Irland, in Italien alles in Europa abspielt, ist Europa darauf angewiesen, dass Deutschland diese Stabilitäts- und Haushaltsvorstellungen umsetzt, und wir werden das auch tun. Wir werden die Kriterien erfüllen und wir werden genau das machen, was wir vor der Wahl gesagt haben. Alles was wir jetzt tun, hat jeder vor der Wahl gewusst. Das ist alles im Wahlergebnis eingepreist. Wir haben vor der Wahl klar gesagt, dass wir diese steuerliche Entlastung wollen, sowohl aus konjunkturpolitischen wie aus ordnungspolitischen Überlegungen, weil wir ein anderes Verständnis haben von der Rolle der Bürger, von ihrer eigenverantwortlichen Tätigkeit, von der Möglichkeit, selbst Entscheidungen zu treffen. Alles das haben wir vorher gesagt, wir machen das.

Offenbar ist es manchmal eine Aufregung in Deutschland wert, wenn plötzlich jemand nach der Wahl das macht, was er vor der Wahl gesagt hat. Ja, wir halten diesen Kurs klar bei.

Engels: Na ja, aber die Aufregung könnte auch damit zu tun haben, dass bis jetzt den Bürgern unklar ist: sie wissen alle, dass gespart werden muss, aber es sagt noch keiner wo.

Brüderle: Ja! Wir können nicht alles an einem Tag machen. Deshalb hat das Jahr 365 Tage. Deshalb haben wir jetzt im Rekordtempo das Wachstumsbeschleunigungsgesetz dabei auf den Weg gebracht. Heute ist der 6. Januar, wir werden auch zügig die Haushaltsberatungen aufnehmen und umsetzen und alles der Öffentlichkeit rechtzeitig darlegen und hoffen auf eine rege Anteilnahme und Diskussion der Öffentlichkeit.

Engels: Herr Brüderle, noch kurz zu einem anderen Thema. Seit gestern überlegt der Flugzeugbauer Airbus lautstark, aus der Produktion des A300M, also des Militärtransporters auszusteigen. Glauben Sie das und was können Sie tun?

Brüderle: Ja, gut, das ist jetzt eine harte Pokerphase. Airbus hat die Zeiten nicht eingehalten, sie haben Festpreise vereinbart, die sie offenbar nicht halten können. Sonst wären sie jetzt nicht im Dilemma drin, das ist auch ein Teil ihrer Verantwortung, wenn ich einen Festpreis vereinbare und damit nicht klar komme. Sie werden sicherlich behaupten, dass die Verzögerung vielleicht auch bei einer Anforderung vom Verteidigungsminister liegt. Ich bin da weder zuständig, noch der Fachmann dafür. Aber meine Einschätzung ist, dass es jetzt in einer Phase ist, wo man versucht, Mehrkosten, die objektiv entstanden sind, irgendwie zu verteilen. Da muss das Unternehmen sich sicherlich einen Großteil anrechnen lassen. Ob der Steuerzahler da bereit ist, mehr aufzuwenden, das muss zunächst von den zuständigen Fachleuten bewertet werden, wie die Verantwortlichkeiten dabei liegen. Aber es ist der einfachste Schritt, zunächst mal beim Staat die Hand aufzuhalten. Am Schluss wird wahrscheinlich eine vernünftige Lösung stehen, aber da will ich mich öffentlich nicht festlegen, weil es gar nicht meine Ressortzuständigkeit ist.

Engels: Vielen Dank! Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle von der FDP. Ich bedanke mich für das Gespräch.

Brüderle: Danke Ihnen.